

Miszelle

MICHAEL R. MARRUS

DIE FRANZÖSISCHEN KIRCHEN UND DIE  
VERFOLGUNG DER JUDEN IN FRANKREICH 1940–1944

„Frankreich, gib acht, damit du deine Seele nicht verlierst!“ Diese strenge Botschaft verkündete die erste Nummer der Widerstandszeitschrift *Témoignage chrétien*, die im November 1941 erschien<sup>1</sup>, in ihrem Titel. Der Ton kehrte in der sechsten und siebten Nummer wieder, die zusammen unter dem Titel *Antisémites* publiziert und kurz vor dem Beginn massiver Verhaftungen von Juden in ganz Frankreich gedruckt wurden. Judenhaß sei eine schwere Häresie: „Als Christen haben wir die dringende Pflicht, Zeugnis vor allen unseren Brüdern abzulegen, entsprechend den unveräußerlichen Grundsätzen unseres Glaubens, daß Antisemitismus mit Christentum unvereinbar ist. Indem wir Zeugnis gegen den Antisemitismus ablegen zugunsten der Wahrheit und Gerechtigkeit, legen wir Zeugnis für Christus ab.“<sup>2</sup> So sprach eine Handvoll couragierter Protestanten und Katholiken, die sich um den Pater Pierre Chaillet aus der Diözese Lyon gesammelt und bei Kardinal Gerlier, dem führenden Katholiken in der unbesetzten Zone, Rückendeckung gefunden hatte. Wie die Gruppe um die Zeitschrift *Témoignage chrétien* jedoch sehr wohl erkannte, handelte es sich bei ihr noch um eine einsame Ruferin in der französischen Kirche – anonym und auch vom Episkopat mit Schweigen übergangen, an den, oft unter beträchtlichem Risiko, Kopien der Traktate geschickt wurden. Zwar stellte Antisemitismus in der Tat eine christliche Häresie dar, aber doch eine Häresie, die während der ersten zwei Jahre nach der deutschen Besetzung von drei Fünfteln des französischen Territoriums weithin Duldung, wenn nicht sogar Beifall fand.

Zwischen Sommer 1940 und den ersten größeren und regelmäßigen Deportationen von Juden aus dem französischen Lager Drancy nach Auschwitz, die im Sommer 1942 einsetzten, wurden die Juden in Frankreich sowohl durch deutsche wie durch französische Maßnahmen zunehmend von der französischen Gesellschaft isoliert. Eine ganze Serie von Gesetzen, Verordnungen und Dekreten prasselte auf beide Zonen des geteilten Landes nieder und verfügte die Entfernung der Juden aus dem Geschäftsleben, der Bürokratie und den freien Berufen, die Konfiszierung ihres Eigentums, die Erfassung in speziellen Listen, die Internierung einiger in Lagern und anderer in Zwangsarbeiterbataillonen. Sowohl französische Bürger wie auch ausländische

<sup>1</sup> Dieser Aufsatz benützt und ergänzt das Material bei Michael R. Marrus und Robert O. Paxton, *Vichy et les Juifs* (übersetzt von Marguerite Delmotte), Paris 1981.

<sup>2</sup> *Cahiers du Témoignage chrétienne*, Nr. VI und VII; *Antisémites*, April/Mai 1942, S. 119.

Juden hatten zu leiden, wenngleich vor allem letztere verwundbar und der Unterdrückung durch eine dienstfeilige Verwaltung praktisch wehrlos ausgeliefert waren. Bemerkenswerterweise zeigte sich die französische Regierung in Vichy besonders aktiv. Sie initiierte die Verfolgung, noch ehe die Deutschen auf die Franzosen entsprechenden Druck auszuüben begannen, und startete mit großer Energie eine nationalstische Kampagne, die den Antisemitismus für das nationale Interesse einspannen wollte. Vichys Programm, definiert als „Staatsantisemitismus“, sollte die administrative Vereinheitlichung des Landes unterstützen, verhindern, daß jüdisches Eigentum der deutschen Besatzungsmacht zufließt, und den angeblich schädlichen Einfluß einer, wie es hieß, im Grunde nicht assimilierbaren jüdischen Bevölkerung verringern.

### Die katholische Hierarchie und die antijüdischen Gesetze

Kein wichtiges Mitglied der katholischen Hierarchie erhob gegen diese Gesetzgebung Protest, als sie in Vichy erlassen wurde, und das nahezu totale Schweigen der hohen katholischen Würdenträger war besonders signifikant in den unbesetzten südlichen zwei Fünfteln Frankreichs, wo der Klerus sich nicht nur frei äußern konnte, sondern auch als Stütze des Regimes respektiert wurde. Als der Nationalist und katholische Politiker Xavier Vallat nach dem Krieg seine Rolle als Vichys erster Generalbevollmächtigter für jüdische Angelegenheiten – er leitete das im März 1941 gegründete Commissariat général des questions juives (CGQJ) – verteidigte, erinnerte er jedermann daran, daß die Kirche den antijüdischen Gesetzen nicht widersprochen habe und daß in einigen Fällen Kirchenleute sogar ihre Billigung bekundet hätten. Gegenstimmen habe es, so räumte er ein, gegeben, aber erst 1942, als die Deportationen begannen<sup>3</sup>. Die Historiker stimmen heute damit überein und entdecken nun, was 1942 so schmerzlich von den Autoren der *Témoignage chrétien* erfahren werden mußte. Für mindestens ein Jahr haben wir das Verdikt des Historikers Pierre Pierrard zu akzeptieren, dem fast das gesamte katholische Frankreich angesichts der Judenfrage wie „anästhesiert“ erscheint<sup>4</sup>.

Wer aus dieser Passivität gelegentlich herausragt, hat, wie schon erwähnt, die Vichy-Regierung in ihrer Haltung gegenüber den Juden eher unterstützt. Ein Artikel über Algerien zum Beispiel, der in der Zeitschrift *Construire* erschien, einem Organ der Jesuiten, bezeichnete die antijüdischen Gesetze als „Maßnahmen der moralischen Reinigung, ebenso nützlich für Algerien wie für Frankreich“<sup>5</sup>. Den Bischof von Marseille regten die Gesetze zu Optimismus an: „Schon beginnt das Antlitz eines schöneren Frankreich zu erscheinen, geheilt von den Übeln, die oft das Werk ... von Frem-

<sup>3</sup> Xavier Vallat, *Le Nez de Cléopâtre: souvenirs d'un homme de droit (1919–1944)*, Paris 1957, S. 249, 270; *Le Procès de Xavier Vallat, présenté par des amis*, Paris 1948, S. 71.

<sup>4</sup> Pierre Pierrard, *Juifs et catholiques français: de Drumont à Jules Isaac (1886–1945)*, Paris 1970, S. 298.

<sup>5</sup> Jacques Duquesne, *Les Catholiques français sous l'occupation*, Paris 1966, S. 252.

den waren.“<sup>6</sup> In seiner Osterpredigt von 1941 gratulierte Monsignore Caillot, der Bischof von Grenoble, Marschall Pétain zu seiner Unterdrückung der Freimaurer und „anderer mindestens ebenso verderblicher Kräfte, der Fremdlinge, von denen die Juden die Hauptexemplare darstellen“<sup>7</sup>. Solche Äußerungen von Kirchenführern sind zweifellos nicht repräsentativ, aber sie geben die Meinung wieder, die man zwischen 1940 und 1941 am häufigsten hörte. Schweigen war üblicher, doch im Enthusiasmus für Pétain und das Vichy-Regime, der in den Jahren 1940 und 1941 herrschte, konnte auch das Schweigen als Zustimmung gewertet werden.

Wie ist diese „Anästhesie“ zu erklären, diese Unempfindlichkeit gegenüber jüdischem Leid und der offensichtlichen Ungerechtigkeit einer Verfolgung, die nicht nur Sache der deutschen Besatzungsmacht war, sondern auch der französischen Regierung, die autonom handelte und, wie man hinzufügen sollte, ihre Judenfeindschaft ganz offen zeigte? Die übliche Erklärung ist politisch. Sie sieht die katholische Kirche in starkem Maße mit der autoritären, nationalistischen und antisemitischen Strömung im politischen Leben Frankreichs verbunden, die Mitte der dreißiger Jahre zur Zeit der sozialistisch geführten Volksfront aufgestaut worden war, nun aber, im Vichy-Regime, frei und ungehindert floß.

Tatsächlich haben Bindungen an die Rechte in einer Kirche offensichtlich fortbestanden, die lange mit den antijüdischen Kräften in der französischen Gesellschaft assoziiert war. Trotz gelegentlicher Erklärungen gegen Rassismus und Antisemitismus, z. B. durch Pius XI., verharnte ja der Vatikan in grundsätzlicher Opposition zum liberalen Staat, und diese Position wurde durch das Trauma, das die Spanische Republik während des Bürgerkriegs in Spanien für viele Katholiken schuf, noch verstärkt. Die französischen Katholiken teilten das am Heiligen Stuhl so manifeste Mißtrauen gegenüber republikanischen Institutionen.

Nichtsdestoweniger wäre es falsch anzunehmen, der französische Katholizismus sei vor dem Krieg fest mit den antijüdischen Elementen in der französischen Gesellschaft verkettet gewesen. Die Neigung französischer Katholiken zu autoritären Lösungen der Probleme der dreißiger Jahre war nicht notwendigerweise mit einer Tendenz zum Antisemitismus identisch. Gewiß sind antijüdische Aussagen katholischer Führer und sogar der katholischen Liturgie unschwer zu finden; in der Hierarchie existierten nach wie vor antijüdische Vorurteile. Aber die Juden stellten kaum eine katholische Priorität dar. Die Kirche hatte die antisemitische Aufwallung, von der sie zur Zeit der Dreyfus-Affäre erfaßt worden war, schon längst überwunden. Ein Bericht über den Antisemitismus in der französischen Gesellschaft, 1938 vom Jüdischen Weltkongreß vorgelegt, der besonders die Haltung der Katholiken untersuchte, schloß mit vorsichtigem Optimismus: Zwischen Judentum und Katholizismus, die

<sup>6</sup> Claude Langlois, „Le régime de Vichy et le clergé, d'après les (Semaines religieuses) des diocèses de la zone libre“, in: *Revue française de science politique* 22 (1972), S.757.

<sup>7</sup> Semaine religieuse de Grenoble, 27. April 1941; François Delpech, „La persécution des Juifs et l'Amitié chrétienne“, in: Xavier de Montclos u. a. (Hrsg.), *Eglises et chrétiens dans la IIe guerre mondiale: la région Rhône-Alpes (Actes du Colloque tenu à Grenoble du 7 au 9 octobre 1976)*, Lyon 1978, S. 158.

beide von den Nationalsozialisten verfolgt würden, sei eine Annäherung zu konstatieren<sup>8</sup>. Anfang 1938 erblickte die vielgelesene katholische Tageszeitung *La Croix*, die einst einen zügellosen und haßerfüllten Antisemitismus vertreten hatte, im Kampf der Nazis gegen Juden und Christen „das jeweils gleiche Verlangen, in ihnen die Zeugen des ewigen Gottes auszulöschen“<sup>9</sup>. *La Croix* betrachtete nun den Antisemitismus als Überbleibsel des Heidentums. Etwa zur gleichen Zeit verurteilten auch Kardinal Verdier in Paris und der ehrwürdige Erzbischof Saliège von Toulouse den Rassismus als unchristlich. Ähnlich äußerte sich Kardinal Maurin von Lyon, ursprünglich ein Anhänger der monarchistischen und antisemitischen *Action française*, in den späten dreißiger Jahren aber ein entschiedener Gegner ihrer antisemitischen Ausfälle. Sein Nachfolger, Kardinal Gerlier, veranstaltete 1938 ein Treffen gegen Rassismus und Antisemitismus<sup>10</sup>.

In dieser Gesinnung manifestierte sich eine wichtige Tendenz innerhalb der französischen Kirche während der unruhigen dreißiger Jahre, als die Hauptsorge vieler Kleriker mehr und mehr sozialen Problemen galt und nicht länger alten politischen Streitereien. Daß der Papst die einen heftigen Antisemitismus verfechtende *Action française* von Charles Maurras 1926 verurteilte, blieb – so der Historiker Henri Dubief – nicht ohne Wirkung auf katholische Intellektuelle; viele wandten sich danach von der entschiedenen Opposition der *Action française* gegen die Moderne und die Dritte Republik ab. Die Kirche begann in dieser Zeit ihre Bemühungen zu einem guten Teil auf eine *ouverture sociale* zu richten und suchte die Botschaft des Katholizismus jetzt auch jenen Teilen der französischen Gesellschaft – besonders den arbeitenden Klassen – zu vermitteln, die bisher vom Episkopat weitgehend vernachlässigt worden waren. Dieser Trend mag 1940 nicht eine Mehrheit der französischen Kardinäle und Bischöfe erfaßt gehabt haben, aber es ist offenkundig, daß die alte Gleichsetzung von Katholizismus und Maurrasianismus bei Ausbruch des Zweiten Weltkriegs keine Gültigkeit mehr hatte. Jean-Marie Mayeur hat darauf hingewiesen, daß diejenigen Mitglieder des Episkopats, die im Vichy-Regime unter Pétain am einflußreichsten waren – Monsignore Chappoulie und die Kardinäle Liénart, Suhard und Gerlier –, kaum Beziehungen zur *Action française* hatten und daß etliche der eifrigsten Verfechter einer neuen Ordnung für Frankreich, so Jesuiten, die an der *Action populaire* beteiligt waren, der Bewegung von Maurras offen ihre Ablehnung bezeugten<sup>11</sup>.

Um die fast einmütige katholische Unterstützung der Politik des Vichy-Regimes während der Periode des aggressiven und mit legislativen Akten operierenden Antisemitismus in den Jahren 1940/41 zu erklären, dürfen wir nicht nur die politischen Prä-

<sup>8</sup> Archiv des Institute for Jewish Affairs, London: „Le problème juif et l'opinion catholique français“, 5. Juni 1938, vervielfältigt.

<sup>9</sup> *La Croix*, 9. Februar 1938.

<sup>10</sup> Siehe Léon Merklen, „Le problème juif et l'universalité de la Rédemption“, in: *La Croix*, 1. September 1938; Pierrard, S. 266–285; Delpuch, „Persécution des Juifs“, S. 152.

<sup>11</sup> Siehe Henri Dubief, *Le Déclin de la IIIe République (1929–1938)*, Paris 1976, S. 112–117; Jean-Marie Mayeur, „Les Catholiques et Vichy“, in: *Critique* 239 (April 1967), S. 496–497; ders., „Les évêques dans l'avant-guerre“, in: Montclos u. a. (Hrsg.), *Eglises et chrétiens*.

ferenzen der katholischen Kirche in dem vorangegangenen Jahrzehnt betrachten, vielmehr müssen wir auch die gewiß merkwürdige, doch breite Welle der Sympathie ins Auge fassen, von der Marschall Pétain nach der katastrophalen Niederlage durch die Deutschen getragen wurde. Die französische Niederlage, so schnell und so definitiv, empfand jedermann als eine zumindest ebenso moralische wie militärische Niederlage. Nach dem Debakel verspürten nahezu alle Franzosen ein Bedürfnis nach moralischer Erneuerung und postulierten die Notwendigkeit einer sofortigen Anstrengung zur Heilung einer diskreditierten und gedemütigten Gesellschaft. Pétain, der diese Stimmung fühlte und sie zweifellos selbst teilte, zeigte sich der Lage durchaus gewachsen. Mit bebender Stimme bot er Frankreich „seine Person als Geschenk“ dar – eine salbungsvolle Geste, mit christlicher Symbolik beladen, wie sie zu einem Teil des Stils von Vichy wurde. Zweifellos bestimmte Pétain in Vichy den Ton, und er drückte dem neuen Programm – *révolution nationale* genannt – den Stempel einer „Moralischen Ordnung“ auf. Sein Programm war geeignet, kritisches Urteilen, auch bei der linken Minderheit in der Kirche, zeitweilig zu suspendieren, da die Größe und offenbare Erhabenheit der Aufgabe dies zu erfordern schien, zumal sich nun außergewöhnliche Chancen boten. Wenn die Katholiken enthusiastisch Pétain zuströmten, so weniger aus Zustimmung für spezifische gesetzgeberische Akte, sondern mehr aufgrund ihrer Neigung zu einer weithin verkündeten Weltanschauung. Bei dem unerschütterlichen Achtzigjährigen suchten neben Zehntausenden von katholischen Lesern der *Action française* (die durch Pius XII. nun vom Interdikt ausgenommen wurde) auch progressivere Elemente der Kirche Zuflucht.

Nach Jahrzehnten des Säkularismus und des Schwindens staatlicher Unterstützung der Kirche und ihrer Werte, nach den beunruhigenden Bildern religiöser Verfolgung, die Volksfront und Spanischer Bürgerkrieg heraufbeschworen hatten, schien die neue Ordnung von Vichy Aussichten auf Erlösung zu eröffnen. Pétain erschien als ein neuer Salazar, der Ordnung, Hierarchie, Disziplin und Respekt für Religion und traditionelle Werte verhiess. Die dubiose Vergangenheit des Marschalls – als ein ausgesprochen „republikanischer“ General und als etwas verrufener Lebemann – waren schnell vergessen. Frankreichs Stimmung wollte Buße für die Vergangenheit und einen neuen Anfang. Schmerzliche oder unerfreuliche Aspekte der Politik Vichys wurden eine Zeitlang als die notwendige Sühne für die Sünden der Nation angesehen; wie 1871 nahmen die Franzosen an, harte Zeiten erwarten zu müssen, und zum Weg der Pflicht gehörten nicht Klagen oder Kritik, sondern Hingabe und Verpflichtung. Dies war nicht die richtige Zeit, sich spitzfindig über Details zu streiten.

Die katholischen Führer fanden sich in diese nationale Stimmung, und als Maß ihres Enthusiasmus sparten sie nicht mit Lobhudelei für Pétain. Für Kardinal Suhard, den neuen Erzbischof von Paris, war Pétain „der Franzose ohne Tadel“; für Monsignore Piguet, Bischof von Clermont-Ferrand, war der Marschall Frankreich von der Vorsehung geschenkt worden<sup>12</sup>. Nach Ansicht des Kardinals Gerlier mußte die Er-

<sup>12</sup> René Bédarida, *Les Armes d'esprit: Témoignage chrétienne (1941–1944)*, Paris 1977, S.14; Jacques Duquesne, „Defensor Judaeorum – the French Episcopate, 1940–1944“, in: *Wiener Library Bulletin* 21 (Frühjahr 1967), S.19.

neuerung Frankreichs die Gesellschaft „christlicher“ machen; wie er sich notierte, „sagte der Marschall eines Tages: ‚Unser Vaterland muß die Schönheit seiner Wurzeln wiedergewinnen.‘ Welche seiner Wurzeln ist aber denn die echtste und schönste, wenn nicht das Christentum, aus dem es geboren wurde?“ Für Monsignore Cholet gebot Religion Gehorsam: „Wir haben nicht das Recht, den Führer oder seine Anordnungen in Frage zu stellen. Der Untergebene muß gehorsam sein, ohne Erklärungen zu suchen oder zu verlangen ... Wir sollten, im Namen unseres religiösen Gewissens, in striktester Disziplin fest geeint sein.“<sup>13</sup> Solche Äußerungen wurden häufig wiederholt – in Hirtenbriefen, Zeitungsartikeln und Rundfunksendungen. Gegen Ende des Jahres 1940 schienen die Franzosen, angespornt durch Geistliche der verschiedensten Richtungen und politischen Überzeugungen, in einer neuen, intensiveren Form des Christentums verbunden.

Die Juden gerieten in dieser Atmosphäre der Reconquista, der Re-Christianisierung Frankreichs, leicht in Vergessenheit. Als sich im Sommer 1941 gelegentlich Stimmen des Protests vernehmen ließen – es war die Zeit des zweiten wichtigen antijüdischen Gesetzes, der „Erfassung“ aller Juden und des Beginns einer Arisierungskampagne –, stand der Episkopat noch größtenteils unter der Wirkung der von Pierrard konstatierten Anästhesie. Einige Kirchenführer begannen die Möglichkeit zu sehen, daß von Vichy Unrecht ausgehen könne, aber ihre Haltung blieb respektvoll und vorsichtig. Die Kardinäle und Erzbischöfe der besetzten Zone trafen im Juli 1941 mit Kardinal Gerlier zusammen, und in einer offensichtlichen Anspielung auf die Verfolgung betonten sie die „Achtung vor der menschlichen Person“, dazu die „Nächstenliebe Jesu, die alle Menschen umschließt“. Für Pétain bekundeten sie immer noch „eine aufrichtige und vollkommene Loyalität“, erklärten aber auch, daß dies eine Loyalität „ohne Unterwürfigkeit [sans inféodation]“ sei<sup>14</sup>.

In gewissem Sinne verkörperte Kardinal Gerlier auf typische Weise den Zwiespalt vieler seiner Amtsbrüder, die zwischen ihrem Glauben an Pétains Programm und Mitleidsimpulsen hin- und hergerissen wurden. Wie viele seiner Kollegen war Gerlier 1940 reif für „redressment“: Er machte kein Hehl aus seiner Verehrung für Pétain und die *révolution nationale*, von denen er eine Wiedergeburt Frankreichs erhoffte, jene moralische Erneuerung, die in den späten dreißiger Jahren so sehr ersehnt worden war. Wie viele enthusiastische Befürworter der neuen Ordnung war Gerlier weder ein Theologe noch ein Anhänger der Action française. Er war ein Mann der Praxis mit ausgesuchten Manieren, ein brillanter Jurist, der zusammen mit Jaques Helbronner, einem Mitglied des jüdischen Konsistoriums, studiert hatte und auch zu anderen jüdischen Gemeindeführern gute Beziehungen besaß. Sein Leben lang gehörte

<sup>13</sup> „In einer erregten Rede forderte Mgr. Gerlier alle Franzosen auf, sich um den Marschall zu vereinigen.“ *Journal des Débats*, 28. Dezember 1940; Roland de Pury, „Engagé dans la lutte“, in: *Chrétiens sous l'occupation, Sens: Juifs et chrétiens dans le monde aujourd'hui*, Nr. 9/10 (1978), S. 31. Siehe Langlois, S. 750–754. Zum algerischen Klerus siehe Michel Ansky, *Les Juifs d'Algérie: du décret Crémieux à la libération*, Paris 1950, S. 105.

<sup>14</sup> Jean-Marie Mayeur, „Les Eglises devant la persécution des Juifs en France pendant la Seconde Guerre mondiale“, in: *Commentaire*, Sommer 1981, S. 257–258.

er zum Kreis der Action catholique, einer Bewegung, die politisches Engagement ablehnte und für konstruktive soziale Betätigung eintrat. Typischerweise hatte er aber eine Schwäche für traditionalistische autoritäre Regime mit katholischem Anstrich. Entschiedener Gegner der NS-Ideologie, empfand Gerlier ganz anders für das Franco-Regime in Spanien, dem er große Sympathie entgegenbrachte. Nach seiner Überzeugung folgte Pétain dem gleichen Weg. Trotz seiner Bewunderung für das Staatsoberhaupt war jedoch auch Gerlier für „Loyalität ohne Unterwürfigkeit“. Er war durchaus bereit, Kritik zu üben<sup>15</sup>. In den Jahren 1940 und 1941 intervenierte er mehrmals zugunsten jüdischer Internierter, und nachdem ihn Abbé Alexandre Glasberg, ein Priester jüdischer Herkunft, aufmerksam gemacht hatte, protestierte er gegen die schrecklichen Verhältnisse in dem nahe der spanischen Grenze gelegenen französischen Konzentrationslager Gurs.

Im Sommer 1941, nach dem Erlass schärferer antijüdischer Gesetze und nach seinem Besuch bei Pétain, begann Gerlier energischer gegen bestimmte Aspekte der Judenpolitik Vichys aufzutreten. Im September hatte er eine Unterredung mit dem regionalen Direktor des Commissariat général des questions juives, und im folgenden Monat empfing er Xavier Vallat selbst, um seinen Befürchtungen Ausdruck zu verleihen. Aber selbst jetzt erhob Gerlier keine prinzipiellen Einwände gegen die antijüdischen Gesetze. Wie viele Katholiken seiner Generation äußerte auch Gerlier gelegentlich eingewurzelte antijüdische Stereotypen, und wenngleich er sich rassistischer Politik widersetzte, so neigte er doch zur Nachsicht gegenüber einer niedriger angesetzten Verfolgung. Nach Vallats Darstellung nannte Gerlier den Generalbevollmächtigten einen „ausgezeichneten Christen“. „Ihr Gesetz ist nicht ungerecht“, sagte Gerlier, „aber bei seiner Anwendung fehlt Gerechtigkeit und Nächstenliebe.“ Der welterfahrene Priester Gerlier verstand das wirtschaftliche Motiv der Gegnerschaft gegen die Juden. Aber wenn er auch einräumte, daß es tatsächlich ein Judenproblem gebe, so bestand er doch darauf, daß es human gelöst werde<sup>16</sup>.

### Die Haltung des Vatikans

War Gerliers Haltung typisch für eine generelle Tendenz in der katholischen Kirche? Es gibt indirekte Beweise, die genau darauf hindeuten, stammen sie doch von keiner geringeren Quelle als dem Heiligen Stuhl. Im Sommer 1941 scheint die gelegentliche Kritik Pétain irritiert zu haben, und so beschloß er, etwas zu unternehmen: Am 7. Au-

<sup>15</sup> Siehe Jean-Marie Mayeur, „Les évêques dans l'avant-guerre“; ferner: „Pierre-Marie Gerlier, Cardinal Archbishop of Lyons“, Public Record Office, London (PRO), FO 371/31944 (Z8960/81/17). „Kardinal Gerlier verbindet in ein und derselben Huldigung Marschall Pétain und General Franco“; Le Figaro, 14. Juni 1941.

<sup>16</sup> Das Treffen mit Vallat fand am 6. Oktober 1941 statt. Vallats Bericht im Centre de documentation juive contemporaine (CDJC), CIX-106. Siehe auch den Bericht des Commissariat général des questions juives (CGQJ), Regionaldirektor (Lyon) an CGQJ, 11. September 1941, CDJC, CCXXXVIII-61.

gust 1941 schrieb er seinem Botschafter am Vatikan, Léon Bérard, und fragte nach der Ansicht des Papstes zu den antijüdischen Maßnahmen Vichys. In seiner prompten Antwort teilte Bérard mit, beim Vatikan nichts gehört zu haben, was auf eine Mißbilligung deuten könnte. Er versprach jedoch, Genaueres herauszufinden. Am 2. September lieferte Bérard dann einen ausführlichen Bericht, ein mehrere eng beschriebene Seiten langes Dokument, das den Marschall nur beruhigt haben kann<sup>17</sup>.

Zu Beginn hielt Bérard fest, daß die Judenverfolgung in Frankreich den Vatikan bislang eigentlich nicht berührt habe. Wie er sagte, „hat es nicht den Anschein, daß die päpstlichen Stellen jemals über diesen Aspekt der französischen Politik besorgt oder mit ihm intensiver beschäftigt gewesen sind“. Ferner: Die Kirche stehe rassistischen Theorien grundsätzlich ablehnend gegenüber und sei seit langem „der Einheit der Menschheit“ verpflichtet. Innerhalb der Menschheit würden jedoch die Juden nicht nur als eine religiöse Gemeinschaft angesehen, sondern auch als eine Gruppe mit „ethnischen Besonderheiten“. Deshalb gebe es gute Gründe, „ihre Aktivität in der Gesellschaft zu begrenzen und ... ihren Einfluß einzuschränken“. In dieser Frage könne man sich auf bedeutende theologische und praktische gesetzgeberische Präzedenzfälle stützen, die zumindest bis zum Heiligen Thomas von Aquin zurückreichten. Deshalb, so sagte Bérard, sei es „legitim, ihnen den Zugang zum öffentlichen Dienst zu verbieten; ebenso legitim ist es, sie nicht zu den Universitäten und freien Berufen zuzulassen, außer in einem festgesetzten Verhältnis (numerus clausus)“. Anschließend skizzierte Bérard einige Probleme, die zwischen dem Vatikan und dem faschistischen Italien wegen dessen antijüdischer Rassengesetze entstanden seien. Nach der Auffassung des Heiligen Stuhls habe Mussolini durch die Einführung gewisser Beschränkungen der Ehen zwischen Juden und Nicht-Juden das Konkordat von 1929 gebrochen. Nach kirchlichem Standpunkt sei die Ehe ein Sakrament, und der Staat habe kein Recht, sie durch Rassengesetze zu regeln.

Der wichtigste Teil des Berichts behandelte die Vereinbarkeit der antijüdischen Gesetze Vichys mit der katholischen Lehrmeinung. In dieser Hinsicht erschien Pétain wie ein leichter Raucher, dem ohne weiteres ein Gesundheitszeugnis ausgestellt werden konnte. Bérard vermerkte, daß das französische Gesetz, indem es von der Rassenzugehörigkeit ausgehe, in formalem Widerspruch zur kirchlichen Doktrin stehe. Letztere „hat unaufhörlich die Würde und die Achtung vor der menschlichen Person gelehrt“. Deshalb könne es der Heilige Stuhl nicht akzeptieren, daß ein Jude mit mindestens drei jüdischen Großeltern, der ordnungsgemäß zum Katholizismus konvertiert und getauft worden sei, immer noch als Jude gelte. Das Kirchenrecht sei eindeu-

<sup>17</sup> CDJC, XLII-10. Der Bericht von Bérard ist auch veröffentlicht in: *Le Monde juif*, Nr. 2 (Oktober 1946); Georges Wellers, „Dans le sillage du colloque du C.D.J.C. (März 1979)“, in: *Le Monde juif*, Nr. 94 (April/Juni 1979), S. 40–51; Procès de Xavier Vallat, S. 500–509. Siehe auch Léon Poliakov, „Le Vatican et la question juive“, in: *Le Monde juif*, Dezember 1950, S. 11–14, und L. Pauleux, „Le Vatican et le problème juif, II, 1941–1942“, in: *Revue d'histoire de la deuxième guerre mondiale* 27 (1977), S. 75–84. Eine ausgezeichnete, neue Zusammenfassung der Auffassung von Papst Pius XII. gibt François Delpech, „Pie XII et la persécution nazie“, in: *L'Histoire*, Nr. 32 (März 1981), S. 25–36.

tig: „Ein Jude, der richtig getauft worden ist, hört auf, ein Jude zu sein, und wird Teil der ‚Herde Christi‘.“ Indes sei dies „der einzige Punkt, in dem sich das Gesetz vom 2. Juni 1941 [d. h. das gerade revidierte antijüdische Gesetz] in Gegensatz zu einem Prinzip der Römischen Kirche befindet. Aus dieser Abweichung von der Lehre folgt keineswegs, daß dem französischen Staat ... Kritik oder Mißbilligung droht.“ Wenn es um den Ausschluß der Juden vom öffentlichen Dienst oder um einen *numerus clausus* in bestimmten Berufen gehe, so „gibt es in diesen Maßnahmen nichts, was vom Standpunkt des Heiligen Stuhls zur Kritik Anlaß geben könnte“. Zum Schluß versicherte Bérard dem Marschall, daß der Vatikan Vichy wegen dieser Sache nicht behelligen werde: „Wie mir eine autorisierte Quelle im Vatikan mitteilte, wird uns niemand wegen der antijüdischen Gesetze Schwierigkeiten machen.“ Päpstliche Gewährsleute hätten jedoch auf zwei Dingen beharrt. Erstens dürfe Vichy seiner antijüdischen Gesetzgebung keine Bestimmung hinzufügen, die die Eheschließung berühre. Zweitens solle Vichy dafür Sorge tragen, daß die Gesetze gegen die Juden nur unter gebührender Berücksichtigung von „Gerechtigkeit und Nächstenliebe“ angewandt würden – genau die Worte, die Gerlier bei seinem Treffen mit Vallat benutzt hatte.

Pétain schenkte dieser Botschaft Glauben. Bérard war ein vertrauenswürdiger und nicht unerfahrener Diplomat. Er hatte dem Senat angehört und 1939 heikle Verhandlungen mit Franco-Spanien geführt. Einige Tage nach dem Eingang des Bérard-Berichts dinierte Pétain mit mehreren Diplomaten, unter denen sich auch Kardinal Valerio Valeri befand, der päpstliche Nuntius in Frankreich. In Gegenwart der Botschafter Brasiliens und Spaniens kam der Marschall auf den Bericht zu sprechen und erzählte seinen Gästen, daß der Papst keine ernsteren Bedenken gegen die antijüdische Gesetzgebung Vichys habe. Der Nuntius, ein Gegner jener Gesetzgebung, fiel aus allen Wolken. Als Valeri andeutete, der Marschall müsse die Intentionen des Heiligen Stuhls mißverstanden haben, antwortete Pétain gutgelaunt, es sei der Nuntius, der nicht ganz im Bilde sei. Pétain bot an, Valeri den Text des Berichts zu zeigen. Valeri willigte ein und mußte dann offenbar eine passende Entgegnung schuldig bleiben. In einem Schreiben an den Kardinalstaatssekretär, Maglione, protestierte Valeri: die antijüdischen Gesetze enthielten vom religiösen Standpunkt aus „schwerwiegende Mängel“. Er frage sich, so schrieb er, wer Bérard solche Informationen gegeben habe<sup>18</sup>. Maglione hielt dies einer Nachforschung für wert und ging der Angelegenheit nach. Bérards Gewährsleute saßen, wie sich herausstellte, an hoher Stelle im Staatssekretariat; zu ihnen gehörten Monsignore Tardini und Monsignore Montini (der zukünftige Papst Paul VI.). Ende Oktober erhielt Valeri die Antwort Magliones, der darin die Substanz des Berichts von Bérard bestätigte, sich jedoch von Pétains, wie er meinte, „übertriebenen Folgerungen“ distanzierte. Im Vatikan werde das antijüdische Statut als „ein unglückseliges Gesetz (*malaugurata legge*)“ empfunden, das in Inter-

<sup>18</sup> Valeri an Maglione, 30. September 1941, in: *Actes et Documents de Saint-Siège relatifs à la Seconde guerre mondiale* (9 Bde., Vatikan 1970–1975), Bd. 8, *La Saint-Siège et les victimes de guerre, janvier 1941 – décembre 1942*, Vatikan 1974, S. 295–297.

pretation und Anwendung begrenzt werden sollte. Es ist jedoch nicht ersichtlich, ob dies Pétain mitgeteilt wurde<sup>19</sup>.

Was dieser merkwürdige Briefwechsel auch bedeuten mochte, Vichy unterstellte die Billigung des Vatikans und handelte entsprechend. Mitte Oktober, nach Demarchen Gerliers und des protestantischen Führers Marc Boegner, wies Vallat die Vichy-Presse an, Gerüchte, der Vatikan habe Vorbehalte gegen die antijüdischen Maßnahmen der Regierung, zu dementieren:

„Wir sind in der Lage, jenen Behauptungen aufs entschiedenste entgegenzutreten. Nach maßgebendsten Quellen ist es klar, daß nichts in der Gesetzgebung, die entwickelt wurde, um Frankreich vor jüdischem Einfluß zu schützen, im Gegensatz zur Lehrmeinung der Kirche steht.“<sup>20</sup>

Während seiner Unterhaltung mit Gerlier, Anfang Oktober, zückte Vallat den Bericht Bérards, aber Gerlier erklärte, ihn nicht zu kennen. Jedoch hat Gerlier sich offenbar dessen Schlußfolgerungen und sogar dessen Sprache zu eigen gemacht, beschwor er doch leidenschaftlich die Notwendigkeit, bei der Durchführung der antijüdischen Gesetze „Gerechtigkeit und Nächstenliebe“ walten zu lassen<sup>21</sup>. Ungefähr ein Jahr lang scheint jedermann tatsächlich an eine feste kirchliche Unterstützung der bestehenden Gesetzgebung geglaubt zu haben, trotz gelegentlicher Unzufriedenheit mancher Kleriker. Ein regionaler Vertreter des Commissariat général des questions juives, mit Begabung für Analogien ausgestattet, teilte einem anfragenden Präfekten mit, daß niemand auch nur das mindeste Recht habe zu protestieren, da die Kirche selbst zum Gehorsam mahne: „Hätte Pontius Pilatus eine Zählung der Juden befohlen, würde sich ihr sogar Jesus Christus unterworfen haben; deshalb muß sich auch der geringste seiner Vertreter auf Erden den Anforderungen des Gesetzes unterwerfen, insbesondere wenn die Anforderungen nicht sehr lästig sind, und auch deshalb, weil Demut eine christliche Tugend ist.“<sup>22</sup> Als ein Jahr später ein Teil des Episkopats die massiven Judendeportationen, die soeben begonnen hatten, anprangerte, verwunderten sich etliche Antisemiten über die kirchliche Intervention. So empörte sich ein lokaler Repräsentant des Commissariats in Toulouse über den Hirtenbrief, in dem Erzbischof Saliège die Verfolgung verurteilt hatte, und er forderte „ein energisches Eingreifen durch das Amt des Nuntius, um die Ungehörigkeit einer solchen Aktion zu bestrafen“<sup>23</sup>. Natürlich war der Nuntius kaum in der Lage, Saliège zu „bestrafen“,

<sup>19</sup> Ebenda, S. 333–334.

<sup>20</sup> Presse-Kommuniqué des CGQJ, 11. Oktober 1941, in: Archives nationales (AN), AJ<sup>8</sup> 62 M75; CDJC, XLII-110.

<sup>21</sup> CDJC, CLX-106.

<sup>22</sup> Zitiert bei Duquesne, *Catholiques français*, S. 264.

<sup>23</sup> Schreiben von 25. August 1942, CDJC, XXXVIII-60. Unterstaatssekretär Martin Luther, der im deutschen Auswärtigen Amt mit der „Judenfrage“ befaßt war, teilte im Dezember 1941 seinen Vorgesetzten mit, daß es nur Ungarn, Italien und Spanien seien, die zuletzt an der deutschen Behandlung des Judenproblems Kritik geübt hätten. Man müsse damit rechnen, daß diese Staaten sich einer umfassenden, gesamteuropäischen Regelung widersetzen werden. Das sei das Ergebnis der katholischen Weltanschauung und des jüdischen Einflusses in diesen Ländern. Frankreich war für Luther damals kein Problem. Zitiert nach: Charles Klein, „Le clergé et les chrétiens de France

und selbst wenn er dazu imstande gewesen wäre, hätte er wohl eher die offizielle Politik des Papstes kritisiert als den abirrenden Erzbischof.

### Die Reaktion der Protestanten

Der französische Protestantismus empfand die mißliche Lage der jüdischen Minderheit notwendigerweise stärker als die katholische Mehrheit. Am Vorabend des Krieges ungefähr 600 000 Seelen stark, waren die Protestanten in mehrere Bekenntnisgemeinschaften geteilt, die sich unter dem Dach der Fédération protestante de France zusammengeschlossen hatten. Aus einer langen Geschichte als religiöse Außenseiter bewahrten die Protestanten Frankreichs besonders die historische Erinnerung an die wütenden Verfolgungen im 15. und 16. Jahrhundert. Auch trugen sie häufig jüdisch oder deutsch klingende Namen und waren normalerweise nicht in der Lage, die zum Beweis nichtjüdischer Herkunft benötigten Taufscheine zu beschaffen. Seit der Etablierung des Vichy-Regimes, als der Druck gegen Juden und Freimaurer zunahm, fürchteten die Protestanten „einen neuen Klerikalismus“, dessen Opfer auch sie werden könnten. Im Sommer 1941 hörte Pastor Marc Boegner, Präsident der Fédération protestante, weitverbreitete Gerüchte, auf Vichys Liste von Staatsfeinden seien die Protestanten die nächsten<sup>24</sup>.

Zusammen mit einer Handvoll anderer Protestanten gehörte Marc Boegner zu den ersten, die gegen Vichys antijüdische Gesetzgebung protestierten. Boegner, von elsässischer Herkunft und zutiefst patriotisch, wurde in Vichy als eine Person mit internationalem Ansehen allgemein respektiert. Sein Wort konnte nicht ignoriert werden. Im Auftrag der Eglise réformée de France, der Boegner ebenfalls vorstand, formulierte er seine Einwände im März 1941 in zwei Briefen, von denen der eine an den Regierungschef Admiral François Darlan (selbst protestantischer Herkunft) ging, der andere an Isaie Schwartz, den Großrabbinen von Frankreich. Der zweite Brief wurde veröffentlicht, und zwar von der antisemitischen Zeitung *Au Pilon* in Paris, und fand in der unbesetzten Zone weite Verbreitung<sup>25</sup>. Boegner faßte seinen Appell in einem höflichen Ton ab, und in Rücksichtnahme auf die offizielle Doktrin zum „Judenproblem“ sprach er auch, sachlich unbegründet, von den „übereilten und ungerechtfertigten Einbürgerungen“ der dreißiger Jahre. (Solche Wendungen waren damals üblich. Sie spiegelten eine subjektiv ehrliche, aber irrige Meinung über das Ausmaß der jüdischen Immigration nach Frankreich in dem Jahrzehnt vor dem Krieg wider, viel-

tels que les voyaient certains dirigeants nazis sous l'occupation“, in: Eglises et chrétiens en France durant la 2e guerre mondiale (Colloque de Lyon, Januar 1978), S. 9.

<sup>24</sup> Siehe Marc Boegner, „Rapport“, in: Les Eglises protestantes pendant la guerre et l'occupation. Actes de l'assemblée générale du protestantisme français, 1945, Paris 1946, S. 16; Boegner an Gilouin, 23. August 1941, AN, AG<sup>16</sup>10 CM-26 D; A. N. Bertrand, „Rapport“, in: Violette Mouchon u. a., Quelques actions des protestants de France en faveur des Juifs persécutés sous l'occupation allemande, 1940–1944, Paris o. J., S. 18.

<sup>25</sup> Boegner, „Rapport“, S. 4–5.

leicht auch den Wunsch, einen möglichst günstigen Eindruck auf die Vichy-Regierung zu machen.) In der Hauptsache war seine Stellungnahme jedoch eine würdige und offene Kritik an den Ungerechtigkeiten der antijüdischen Gesetzgebung. „Unser Kirche“, so schrieb er dem Großrabbiner, „die in der Vergangenheit Leid und Verfolgung kennengelernt hat, empfindet ein inniges Mitgefühl mit Ihren Gemeinden, die ihre religiöse Freiheit mancherorts beschränkt gesehen haben und deren Mitglieder so plötzlich vom Unglück geschlagen wurden. Wir haben bereits Anstrengungen unternommen und werden darin fortfahren, um die notwendigen Änderungen in dem [antijüdischen] Gesetz zu erreichen.“<sup>26</sup> Wie viele zu dieser Zeit vermutete Boegner fälschlicherweise, Vichy habe unter deutschem Druck gehandelt. Deshalb mag er hinsichtlich einer Änderung der Politik nicht ohne Optimismus gewesen sein, wenn Vichy nur mehr Unabhängigkeit zeigen würde.

Falls der Protestantenführer sich solche Hoffnungen gemacht haben sollte, so wurden sie in den folgenden Monaten zunichte. Im Mai teilte Darlan Boegner mit, er sei allein daran interessiert, diejenigen jüdischen Familien zu schützen, die seit mehreren Generationen in Frankreich lebten – „des Français israélites“, wie sie allgemein genannt wurden, um sie von den nicht assimilierten „Juifs“ zu unterscheiden. „Was die anderen betrifft“, so referierte Boegner Darlans Ansichten, „so möchte er sie nur Frankreich verlassen sehen.“<sup>27</sup> Die Einsprüche begannen aber nach dem antijüdischen Gesetz vom Juni 1941 und dem Beginn der Arierisierung jüdischen Eigentums in der unbesetzten Zone zahlreicher zu werden. Boegner schrieb Ende August an Pétain und veranlaßte anscheinend auch Kardinal Gerlier, im Namen der katholischen Kirche vorstellig zu werden. Gleichzeitig kam ein dramatischer und eindringlicher Appell von einem Kollegen Boegners, nämlich von Rue Gillouin, Sohn eines protestantischen Pastors und eingefleischter Traditionalist, der enge und häufige Kontakte mit Pétain unterhielt.

In solchen und anderen Protesten aus dem protestantischen Lager fand auch das Gefühl eines gemeinsamen biblischen Erbes Ausdruck, das die Protestanten mit den Juden teilten – die Verbindung mit dem Alten Testament und mit Jesus selbst. In seinem Schreiben an den Großrabbiner vom März 1941 bekräftigte Boegner diese Bände, womit er nur eine Geisteshaltung wiedergab, die ebenso in der protestantischen Untergrundpresse anzutreffen war. Die gleiche Empfindung zeigte sich auch während eines wichtigen Treffens von sechzehn protestantischen Führern, das im September 1941 in Pomeyrol, nahe Tarascon an der Rhönemündung, stattfand. Die Pomeyrol-Gruppe erhob gegen den Antisemitismus tiefgründige religiöse Einwände:

„Auf die Bibel gegründet, erkennt die Kirche im Volk Israel jenes Volk, das Gott auserwählt hat, um der Welt einen Retter zu geben, und das unter den Nationen ein ewiger Zeuge für das Mysterium seiner Treue sein soll. Deshalb erhebt die Kirche, wenn sie auch anerkennt, daß der Staat sich einem Problem konfrontiert fin-

<sup>26</sup> Eglises protestantes, S. 22–26.

<sup>27</sup> Boegner, „Rapport“, in: Mouchon u. a., *Quelques actions*, S. 7.

<sup>28</sup> Gillouin an Pétain, 29. August 1941, AN, AG<sup>11</sup>610 CM-26 D.

det, das er lösen muß, feierlichen Protest gegen jegliches Gesetz, das die Juden außerhalb der menschlichen Gemeinschaft stellt.“<sup>29</sup>

Diese Aussagen wurden natürlich nicht von allen Protestanten akzeptiert. Wie die katholische Kirche, so waren auch die Protestanten gespalten. Namentlich die konservative und calvinistische *Eglise réformée évangélique indépendante*, die sich 1938 dem Zusammenschluß mit anderen protestantischen Bekenntnissen widersetzt hatte, aber trotzdem der *Fédération protestante* angehörte, brachte dem Vichy-Regime mehr Respekt und den antijüdischen Gesetzen mehr Verständnis entgegen als die Majorität der Protestanten<sup>30</sup>. Es gab sogar eine Gruppe royalistischer und nationalistischer Protestanten unter der Führung von Pastor Noël Noguét, die gegen die Erklärung von Pomeyrol mit der Begründung opponierte, Israel werde aus der ihm auferlegten Bestrafung Nutzen ziehen<sup>31</sup>. Indes blieben solche abweichenden Meinungen sehr selten, und Boegner sprach für die meisten protestantischen Gruppen. Das Unbehagen über die antijüdische Gesetzgebung war in den verschiedenen protestantischen Gemeinschaften tief und aufrichtig.

### Der Höhepunkt des kirchlichen Protests

Mitte 1942 erreichte die Judenverfolgung in Frankreich einen neuen Höhepunkt. Zuerst wurde in der besetzten Zone der Judenstern eingeführt, den die deutschen Behörden Ende Mai für alle Juden über sechs Jahre vorschrieben. Diesem Dekret folgten schnell weitere Verfügungen, die nördlich der Demarkationslinie die Juden vom Leben in der Öffentlichkeit ausschlossen. Von nun an wurden die Juden in der besetzten Zone von der französischen und deutschen Polizei regelrecht gejagt: Sie sahen sich buchstäblich von allen öffentlichen Plätzen (Parks, Büchereien, Theatern, Cafés, Schwimmbädern etc.) ausgeschlossen, konnten nur während einiger Stunden am Nachmittag einkaufen und riskierten jeden Tag ihre Verhaftung, wenn sie sich mit dem Judenstern aus ihren Wohnungen wagten. Innerhalb von Tagen begannen die Deportationszüge zu rollen, die sie aus dem improvisierten französischen Konzentrationslager Drancy, das in einer trostlosen Vorstadt nordöstlich von Paris lag, nach Auschwitz brachten. Vier Transporte, jeweils mit ungefähr 1000 Juden, fuhren im Juni, acht im Juli, dreizehn im August, dreizehn im September und vier im November – insgesamt allein im Jahre 1942 über 42000 Deportierte. Mehrere Tausend dieser Deportierten kamen aus der unbesetzten Zone Frankreichs. Sie waren in großangelegten Menschenjagden, veranstaltet von der französischen Polizei und verschiedenen französischen Hilfstruppen, zusammengetrieben und nach Drancy überstellt worden. Allenthalben wurden, als man die Familien auseinandertrieb, Junge und

<sup>29</sup> Pierre Bolle, „Les Protestants et leur églises devant la persécution des Juifs en France“, in: CDJC colloque, März 1979.

<sup>30</sup> Herrn F. Lovsky bin ich für Präzisierungen zu diesem Punkt dankbar.

<sup>31</sup> Bolle, a. a. O.

Alte, Männer und Frauen verhaftet, und wo immer Juden, in Viehwagen gepreßt, ihre schreckliche Reise nach dem Osten antraten, war die französische Polizei und Verwaltung unübersehbar beteiligt. Das erste dramatische Ereignis nach der Einführung des Judensterns war eine große Fangaktion in Paris, bei der am 16. und 17. Juli 1942 mehr als 12000 Juden zusammengetrieben wurden, von denen dann viele tagelang unter üblen Bedingungen im Vélodrome d'Hiver vegetieren mußten. Bald aber ereigneten sich solche gräßlichen Szenen in ganz Frankreich, sogar in der südlichen Zone, wo kein Deutscher in Uniform erschien und Vichy alle Verantwortung übernahm.

Schon vor diesen Ereignissen hatte es eine kirchliche Opposition gegen die Judenverfolgung gegeben. Sie war aber, wie dargelegt, nicht grundsätzlicher Natur oder doch recht verhalten gewesen. Abgesehen von den Interventionen Boegners und einiger protestantischer Vereinigungen blieb es während dieser Jahre Einzelpersonen oder kleinen Gruppen überlassen, den Antisemitismus direkt und mit spezifisch christlichen Argumenten anzugreifen. Diese Gruppen, in Zentren wie Lyon oder Toulouse relativ isoliert, waren allenfalls fähig, Erklärungen abzugeben, einzelnen Juden zu helfen und auf einen Wechsel des politischen Klimas zu hoffen. Am bekanntesten wurde die ökumenische *Témoignage chrétien*, deren *Cahiers* einen bedeutenden Einfluß besaßen, auch wenn sie kaum für die katholische oder die protestantische Haltung repräsentativ waren. Seit November 1941 herausgegeben, hatte diese Untergrundzeitschrift bereits 1942 einige tausend Leser. Eine Nummer, die sich mit Rassismus befaßte, erschien im Frühjahr 1942 und das eingangs erwähnte Heft *Antisemites* im Mai. Letzteres umfaßte 32 Seiten; mit ihm erreichte das Blatt erstmals eine Auflage von 20000. Von der Hierarchie größtenteils mit Schweigen übergangen – einige Kirchenführer erklärten es für kommunistisch beeinflusst –, scheint es vom einfachen Klerus und von den Laien mehr geschätzt worden zu sein<sup>32</sup>.

Die Einführung des Judensterns, das Zusammentreiben der Internierten im Vélodrome d'Hiver, die anschließenden Verhaftungsaktionen im übrigen Frankreich und die unheimlichen Deportationen mit unbekanntem Ziel provozierten dann aber wesentlich lebhaftere Aktivitäten. Zum ersten Mal seit der Besetzung begann eine stattliche Anzahl von Geistlichen die Judenverfolgung anzuprangern. Der erste Aufruf kam von Priestern aus der besetzten Zone. Zufälligerweise fand eine Woche nach den Verhaftungen von Mitte Juli in Paris die alljährliche Versammlung der Kardinäle und Erzbischöfe aus dem besetzten Teil Frankreichs statt. Die Kardinäle und Erzbischöfe beschlossen, ihre Stimme gegen die Verhaftungen zu erheben, und Kardinal Suhard überbrachte die nicht veröffentliche Stellungnahme der Versammlung Pétain. Im Einklang mit früheren Erklärungen des Heiligen Stuhls beschränkte sich der kurze Appell darauf, „die Erfordernisse der Gerechtigkeit und die Pflichten der Nächstenlie-

<sup>32</sup> H. R. Kedward, *Resistance to Vichy France: A Study of Ideas and Motivation in the Southern Zone, 1940–1942*, Oxford 1978, S. 178 Anm. 66; Bédarida, a. a. O.; Marialetizia Cravetto, „Il problema ebraico nella resistenza cristiana“, in: *Revista di storia e letteratura religiosa* 6 (1970), S. 3–64.

be“ zu beschwören. Nicht jeder empfand dies als ausreichend, und der Nuntius sprach von „einem platonischen Protest“. In einem Schreiben an den Vatikan vermerkte Valeri, die versammelten Geistlichen hätten befürchtet, daß ein öffentlicher Protest zu Vergeltungsmaßnahmen der Regierung gegen bisher geduldete kirchliche Institutionen, besonders gegen die Action catholique, führen würde. Immerhin war sowohl im Hinblick auf Gerechtigkeit („die unveräußerlichen Rechte der menschlichen Person“) wie im Hinblick auf Nächstenliebe („Erbarmen für das ungeheure Leiden, besonders jenes, das so viele Mütter und Kinder trifft“) ein drängender Ton angeschlagen, wie man ihn bislang nicht gehört hatte. Suhard ergänzte die Pariser Erklärung noch in einer persönlichen Unterredung mit Ministerpräsident Pierre Laval<sup>33</sup>.

Im Verlauf des August und Anfang September gaben dann führende Mitglieder des Episkopats in der unbesetzten Zone die Zurückhaltung auf, die sich die Kardinäle und Erzbischöfe des besetzten Frankreich noch auferlegt hatten, und äußerten sich freimütig in öffentlichen Stellungnahmen, Hirtenbriefen und auf *Semaines religieuses*. Die vielleicht beredteste Stimme gehörte Jules-Gérard Saliège, dem partiell gelähmten Erzbischof von Toulouse, einem Mann von großer persönlicher Popularität und Autorität, der von Anfang an eine gewisse Distanz zu Vichy gehalten hatte. Salièges Hirtenbrief, der in der Region Toulouse am Sonntag, den 30. Juli, erstmals verlesen wurde, enthielt die deutlichsten Worte, die bisher in Frankreich zu den Judenverfolgungen gesagt worden waren:

„Daß Kinder, Frauen, Väter und Mütter wie Vieh behandelt werden, daß Mitglieder einer Familie voneinander getrennt und mit unbekanntem Ziel weggeschafft werden, ein solches Trauerspiel zu sehen, ist unserer Zeit vorbehalten geblieben. Warum gilt das Asylrecht nicht mehr für unsere Kirchen? Warum sind wir besiegt? ... Die Juden und die Ausländer sind wirkliche Männer und Frauen. Nicht alles ist gegen sie erlaubt, gegen diese Männer und Frauen, gegen diese Väter und Mütter. Sie sind ein Teil des Menschengeschlechts. Sie sind unsere Brüder, wie so viele andere.“<sup>34</sup>

Weitere Geistliche folgten: Einige zögernd, einige rasch; wieder andere kamen, wie man weiß, überhaupt nicht. Großrabbiner Jacob Kaplan wandte sich am 17. August, Boegner am nächsten Tag an Kardinal Gerlier. Gerlier, trotz der Verhaftungen in seiner eigenen Stadt Lyon Anfang August offensichtlich schlecht informiert und auch danach etwas schwerfällig, schrieb immerhin an Pétain, um Suhards Démarche zu unterstützen. Wie François Delpech sagte, war Gerliers Schreiben freilich von „erstaunlicher Mäßigung“<sup>35</sup>. Allmählich wurde Gerlier jedoch zu einem deutlicheren Appell veranlaßt, der, am 6. September unternommen, trotz seines fortdauernden Loyalismus oder vielleicht gerade deswegen nicht ohne Wirkung blieb. Loyalismus war in der Tat Grundton mehrerer „Proteste“. Monsignore Delay z. B., Bischof von

<sup>33</sup> AN, AG<sup>14</sup>492 CC 72-A; Duquesne, *Catholiques français*, S. 256; *Actes et documents de Saint-Siège*, Bd. 8, S. 610; Mayeur, „Les églises devant la persécution“, S. 259 Anm. 24, S. 260.

<sup>34</sup> Duquesne, *Catholiques français*, S. 257; Claude Lévy und Paul Tillard, *La Grande Rafle du Vel d'Hiv* (16 Juillet 1941), Paris 1967, S. 182 f.; Papeux, „Le Vatican“, S. 78.

<sup>35</sup> Delpech, „La persécution des Juifs“, S. 168.

Marseille, prangerte zwar die wahllosen Verhaftungen von Männern, Frauen und Kindern ebenso an wie die Deportationen, die „sie [die Juden] vielleicht in den Tod schicken“, anerkannte aber andererseits durchaus die Existenz des berühmten „Judenproblems“:

„Wir sind uns wohl bewußt, daß die Judenfrage schwierige nationale und internationale Probleme aufwirft. Wir erkennen vollkommen an, daß unser Land das Recht hat, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um sich gegen diejenigen zu verteidigen, die ihm, besonders in den letzten Jahren, so viel Schaden zugefügt haben, und diejenigen zu bestrafen, die die Gastfreundschaft, die ihnen so freizügig gewährt wurde, mißbraucht haben. Aber die Rechte des Staates haben Grenzen.“<sup>36</sup>

Man ist heute versucht, den Wert und die Bedeutung solcher Erklärungen gering zu schätzen und vor allem die in ihnen so oft zum Ausdruck kommenden althergebrachten antijüdischen Vorurteile zu sehen. Tatsächlich gab es ja auch nur wenige Proteste, die so eindeutig Stellung bezogen wie der von Saliège oder von Pierre-Marie Théas, Bischof von Montauban, der keine Veranlassung sah, einem „Judenproblem“ Lippendienste zu zollen oder Verehrung für Pétain zu zeigen:

„Ich gebe dem empörten Protest des christlichen Gewissens Ausdruck, und ich erkläre feierlich, daß alle Menschen, Arier oder Nicht-Arier, Brüder sind, weil sie von dem gleichen Gott geschaffen wurden; daß alle Menschen, gleich welcher Rasse oder Religion, den Anspruch besitzen, von Individuen und vom Staat geachtet zu werden.“<sup>37</sup>

Für die Zeitgenossen ergab sich jedoch der bemerkenswerte Charakter der kirchlichen Stellungnahmen gerade aus der bis dahin nahezu einhelligen Unterstützung für das Regime, einschließlich seiner antisemitischen Züge. Im französischen Katholizismus markierten die Proteste des Episkopats weithin einen neuen Anfang. Die Appelle Boegners hatten gewiß Schwung und Beredsamkeit – am 22. September folgte eine weitere protestantische Erklärung, die von den meisten Kanzeln verlesen wurde –, aber die Protestanten galten schließlich seit langem als unruhig; außerdem handelte es sich bei ihnen um eine eher marginale Gruppe. Das Zögern von Gerlier und anderen fiel damals weniger ins Auge, wenn der Kardinal von Lyon, ein überzeugter Anhänger Pétains, wegen der öffentlichen Stellungnahmen, die er neuerdings abgab, plötzlich für einen Sympathisanten de Gaulles und der Londoner Résistance gehalten werden konnte. Bischof Delay, um ein anderes Beispiel zu nennen, sandte, obwohl er sich, wie erwähnt, Sorgen wegen einer „jüdischen Frage“ machte, einen scharf formulierten Brief an das Marseiller Blatt *Gringoire*, als darin die Judendeportationen begrüßt wurden. Solche Aktionen, schrieb der Bischof, stünden „im Gegensatz ... zum wahren Geist der *révolution nationale*“<sup>38</sup>.

Mochten die Bischöfe auch gezögert haben, ehe sie ihre Stimme erhoben, so wurde

<sup>36</sup> Duquesne, *Catholiques français*, S. 261.

<sup>37</sup> / „Mgr. Theas“, in: *Documentation catholique*, 1. Mai 1977, S. 447.

<sup>38</sup> Zitiert bei André Sauvageot, *Marseille dans la tourmente, 1939–1944*, Paris 1949, S. 157 Anm. 2.

ihre Stimme nun doch gehört. Die Eingabe der Kardinäle und Erzbischöfe an Pétain blieb zwar während des Jahres 1942 vertraulich, aber nachdem sie an Priester in ganz Frankreich verschickt worden war, konnte sie kein Geheimnis mehr sein, und im Dezember erschien ihr Text sogar im *New Yorker Contemporary Jewish Record*. Allen Bemühungen des lokalen Präfekten zum Trotz, Salièges Hirtenbrief zu stoppen, zirkulierte er rasch in der ganzen Diözese Toulouse, wo er in mindestens der Hälfte aller Kirchen verlesen wurde; außerdem druckten ihn *Témoignage chrétien*, *Franc-tireur*, *Combat* und andere Untergrundorgane, dazu wurde sein Wortlaut auch noch in Sendungen der B.B.C. zitiert. Salièges Sätze „verbreiteten sich wie ein Lauffeuer in der ganzen Region des Südwestens“, wie es ein Beobachter formulierte. Dieser Ansicht waren auch die an der Judenverfolgung beteiligten Sonderorgane der Polizei, die den Effekt des Hirtenbriefs bitter beklagten. Und die Äußerungen von Gerlier, so maßvoll sie waren, hielt man doch für derart wirkungsvoll, daß Radfahrer-Teams sie an Rhône und Loire unter großem Risiko von Pfarrei zu Pfarrei verbreiteten<sup>39</sup>.

Einen Maßstab für die Bedeutung dieser Interventionen stellt das Bemühen der Behörden dar, sie zu stoppen und ihre Auswirkungen zu begrenzen. Z. B. versuchte Vichy, die eigene Sicht der Deportationen verschiedenen Zeitungen aufzuzwingen, so auch der angesehenen *La Croix*. Deren Herausgeber verweigerten sich diesem Ansinnen beharrlich und führten als Begründung an, daß sie sich nicht gegen die Politik des Papstes und des Episkopats stellen wollten. Schließlich mußte Vichy zurückstapfen und sich damit begnügen, seine Propagandaversion im nicht konfessionell gebundenen *Grand Echo du Midi* zu lancieren. In Vichy machte man sich um so mehr Sorgen, als der kirchliche Protest zeitweise den Segen des Vatikans zu haben schien. Es ist zwar richtig, daß den großen Verhaftungsaktionen kein lauter Einspruch des Heiligen Stuhls folgte, doch während der ersten Augustwoche kursierten allenthalben Gerüchte, der päpstliche Nuntius Valeri habe Pétain die tiefe Mißbilligung des Papstes übermittelt. Im weiteren Verlauf des Monats liefen ähnliche Berichte ein, obwohl der Papst selbst nach wie vor standhaft schwieg. Laval, der sich nie wohl fühlte, wenn er es mit Klerikern zu tun hatte, machte sich gleichwohl die Mühe, Kardinal Suhard in Paris aufzusuchen und den Standpunkt der Regierung darzulegen. Der Regierungschef suchte dabei aus der Zurückhaltung des Papstes Kapital zu schlagen und wies die Kirchenvertreter wiederholt darauf hin, wie sehr ihre Proteste die internationale Position Frankreichs beeinträchtigen könnten. Laval verlangte von den Kirchenführern, sich aus der Politik herauszuhalten. Anzüglich erinnerte er Suhard daran, daß sich auch der Papst zu dieser Angelegenheit noch nicht geäußert habe. Ende Au-

<sup>39</sup> Duquesne, *Catholiques français*, S. 257; Henri Cadier, *Le Calvaire d'Israël et la solidarité chrétienne*, Genf (1945), S. 49; Kedward, S. 182f.; Bernard Aulas, *Vie et mort des Lyonnais en guerre, 1939–1945*, Roanne 1974, S. 212 Anm. 11; Bericht vom September 1942, CDJC, LXXXIX-39; Pierre Limagne, *Ephémérides des quatre ans tragiques, 1940–1944*, 3 Bde., Paris 1945–1947, Bd. 2, S. 767; Joseph Billig, *Le Commissariat général aux questions juives (1941–1944)*, 3 Bde., Paris 1955–1960, Bd. 2, S. 96f.

gust ließ er einen Mitarbeiter Valeris kommen, um, nach scharfen Worten über Salièges Hirtenbrief, dessen Zurückziehung zu fordern<sup>40</sup>.

Laval unterrichtete den deutschen Botschafter Otto Abetz über seine Bemühungen, da sich die kirchlichen Proteste auf die Beziehungen zum Reich auszuwirken begannen. Gleichzeitig gab der Ministerpräsident den regionalen Propagandabbeauftragten strikte Weisung, die oppositionellen Äußerungen zu unterdrücken, die das Informationsministerium als „üble Propaganda“ charakterisierte, „deren Ziel es ist, das Werk des Marschalls zu kompromittieren“. Demgegenüber wurde die Presse an die „vertrauenswürdige Lehre des Heiligen Thomas und der Päpste“ erinnert – ein Echo des Bérard-Memorandums von 1941<sup>41</sup>. Laval war offensichtlich beunruhigt.

### Die Grenzen des kirchlichen Protests

Indes nahmen die Proteste ebenso schnell ab wie sie entstanden waren. Zwar dürfen die öffentlichen Stellungnahmen, die von der Kirche 1942 abgegeben wurden, als wichtig gelten, und bei allen, die hören wollten, blieben sie auch nicht ohne Wirkung, doch handelte es sich weder um eine allgemeine noch um eine länger anhaltende Bewegung. Tatsächlich erwies sich die Strömung, die im August und September zu erstarken schien, schon bei Jahresende als ziemlich schwach.

Viele Kirchenführer hatten sich am Protest gar nicht beteiligt. Das galt besonders für die besetzte Zone, wo die Strafen für solche Aktivitäten höher waren und der Informationsfluß größeren Behinderungen unterlag. Ein merkwürdiger Fall ist Kardinal Liénart von Lille, der sich vor dem Krieg in der Bewegung gegen Rassismus und Antisemitismus engagiert hatte, jedoch gegenüber der Notlage der Juden unter deutscher Besatzungsherrschaft relativ indifferent blieb<sup>42</sup>. Überdies gab es eindrucksvolle Bekundungen der Loyalität, die ausdrücklich dazu bestimmt waren, der erwähnten Kritik an der Politik Vichys entgegenzuwirken. Ihrer politischen Bedeutung voll bewußt, registrierte Pétains Büro sorgsam alle eingehenden Erklärungen der Zustimmung: Am 19. September von einer Konferenz der Bischöfe des Südwestens unter dem Vorsitz des Erzbischofs von Aix<sup>43</sup>, am 2. Oktober von den Erzbischöfen von Pa-

<sup>40</sup> Papeux, S. 79f.; Limagne, Bd. 2, S. 697, 737, 770f.; „Papal Protests to Vichy about Anti-Semitism“, in: Evening Standard (London), 6. August 1942; Jewish Telegraphic Agency (JTA), 16. August 1942; Abetz an Ribbentrop, 28. August 1942, Nürnberger Dokument NG-4578; Bergen an Wilhelmstrasse, 14. September 1942, ebenda; Osborne (Bern) an War Cabinet (London), 14. September 1942, PRO, F0371/32680 (W12493/4555/48); Valeri an Maglione, 14. August 1942, in: Actes et documents de Saint-Siège, Bd. 8, S. 620f.

<sup>41</sup> „Note d'orientation du 4 septembre 1941“, CDJC, CIX-123; PRO, F0371/32056 (Z7281/1716/17); JTA, 4. September 1941; Duquesne, Catholiques français, S. 270; Abetz an Wilhelmstrasse, 2. September 1941, NG-5127; Vermerk Hagen, 4. September 1941, CDJC, LXV-15.

<sup>42</sup> Danielle Delmaire, „Le Cardinal Liénart devant la persécution des Juifs de Lille pendant la Seconde guerre mondiale“, in: CDJC colloque, März 1979.

<sup>43</sup> Zitiert bei Bédarida, S. 125.

ris, Reims, Besançon und den Bischöfen von Châlons, Verdun, Le Mans, Chartres, Soissons, Beauvais, Nancy, Saint-Dié, Longres, Troyes und Vannes<sup>44</sup>.

Schon Ende September 1942 erhielt Pétain einen Bericht, in dem behauptet wurde, das Schlimmste sei vorüber und die Kirche habe sich „beruhigt“<sup>45</sup>. Wohl habe sich die Kirche, so fuhr der Bericht fort, zu Wort melden müssen, „aber doch nur mit Maßen, da der Episkopat sinnlose Zwischenfälle zu vermeiden wünschte, und zwar aus Treue zum Marschall ... wie aus Furcht, solche Zwischenfälle könnten von Regimegegnern ausgenutzt, übertrieben und verzerrt werden“. Der Bericht unterschied Frankreich, das eine legitime Regierung habe, von den vollständig besetzten Ländern wie Belgien oder Holland, wo Protest sinnvoller und die Einmischung der Kirche in die Politik eher tragbar sei. Abschließend wurde optimistisch konstatiert, das „kleine Feuer, das sich entwickelt hatte, scheint nun erloschen zu sein“. Es konnte nur als Bekräftigung dieser Schlußfolgerung wirken, daß auch etliche der Kritiker deutlich ihre Treue signalisierten – noch ehe die Transporte nach Auschwitz für das Jahr 1942 zu Ende gegangen waren. Von der weiten Verbreitung seines Hirtenbriefs in Widerstandsorganen gereizt, verwahrte sich Kardinal Saliège Anfang Oktober während einer örtlichen *Semaine religieuse* scharf gegen „den unanständigen Gebrauch, den gewisse Leute von dem Brief gemacht haben“. Danach bekundete er erneut „seine vollste Loyalität zum Marschall und zur Regierung des Landes“. Kardinal Suhard äußerte sich ähnlich, wie *Le Moniteur* am 5. Oktober berichtete, und Gerlier folgte solchen Beispielen in einem Schreiben an den Bürgermeister von Lyon, in dem er seine „Loyalität im Einklang mit der traditionellen Lehrmeinung der Kirche“ versicherte<sup>46</sup>. Ende des Monats trafen Suhard und Gerlier, die ranghöchsten Vertreter der Kirche in den zwei Zonen, mit Pétain und Laval in Vichy zusammen; als ob sie öffentlich eine Art Annäherung besiegeln wollten, erschienen sie gemeinsam mit beiden Politikern bei einer Truppenparade<sup>47</sup>.

Tatsächlich ging es bei dem Treffen um mehr als nur um Geselligkeit. Die Regierung nahm die Gelegenheit wahr, der Kirche konkrete Angebote zu machen, nämlich Steuervergünstigungen für religiöse Gemeinschaften und andere Maßnahmen zur Besserstellung von Diözesanvereinen und höheren katholischen Bildungsanstalten<sup>48</sup>. Laval war seit dem Beginn der Proteste nicht abgeneigt, die finanzielle Unterstützung der Kirche als Druckmittel zu benutzen, und nun scheint der Entschluß gefaßt worden zu sein, dem Regime durch entsprechende Offerten gute Beziehungen zu erkaufen<sup>49</sup>. Es gibt keinen Beleg dafür, daß bei diesen Gesprächen die Vorschläge der Re-

<sup>44</sup> AN, AG<sup>11</sup>492 CC 72-A.

<sup>45</sup> Bericht (ungezeichnet) an Pétain, 29. September 1941, ebenda.

<sup>46</sup> Siehe „L’Eglise affirme à nouveau son loyalisme envers les pouvoirs publics. Une conférence du Cardinal Suhard“, in: *Le Moniteur*, 5. Oktober 1942.

<sup>47</sup> Pierre Nicolle, *Cinquante mois d’armistice: Vichy, 2 Juillet 1940 – 16 Août 1944*. Journal d’un témoin, 2 Bde., Paris 1947, Bd. 2, S. 48; „Second Cardinal to See Laval“, in: *Manchester Guardian*, 29. Oktober 1942.

<sup>48</sup> Lavagne an Bérard, 4. Januar 1943, und Valeri an Lavagne, 5. Januar 1943, AN AG<sup>11</sup>492 CC 72-A.

<sup>49</sup> Siehe den Vermerk von Hagen über seine Unterredung mit Bousquet, CDJC, LXV-5.

gierung direkt mit der kirchlichen Haltung gegenüber der Judenpolitik Vichys verknüpft wurden, doch dürfte den Beteiligten der Zusammenhang durchaus gegenwärtig gewesen sein. Als einer der Sekretäre Pétains in einem Schreiben an Vichys Botschafter beim Vatikan von neuen Maßnahmen sprach, bezeichnete er sie als „Bekundungen des guten Willens seitens des französischen Staates; als solche werden sie, so hoffe ich, auf einen entsprechend guten Willen in gewissen religiösen Kreisen stoßen“. Das war deutlich genug. Und Valeri akzeptierte die Maßnahmen der Regierung in der Tat mit Dankbarkeit; er nannte sie ein „klares Zeugnis für den tiefen Wunsch des Marschalls, das neue Frankreich auf der einzig verlässlichen Grundlage zu errichten, das heißt auf den religiösen Werten“<sup>50</sup>. Im Fortgang der Verhandlungen spielten die Juden für die Beziehungen zwischen Vichy und der Kirche keine Rolle mehr – was zweifellos genau den Absichten der französischen Regierung entsprach. Im Januar 1943 begab sich Kardinal Suhard nach Rom, um wichtige Fragen der Beziehungen zwischen Frankreich und dem Vatikan zu besprechen. Sein Besuch scheint der Höhepunkt von Vichys Beschwichtigungspolitik gewesen zu sein. Léon Bérard berichtete am 18. Januar über die Ergebnisse; was er dabei zur Haltung des Papstes bemerkte, ist recht aufschlußreich:

„Ich habe von einem Gewährsmann, der dem Papst nahesteht, erfahren, daß er durch seine Unterredungen mit dem Erzbischof von Paris positiv beeindruckt worden ist. Er befindet sich mit letzterem in voller Übereinstimmung. Er lobte den Marschall und sein Werk in warmen und mitfühlenden Worten und zeigte starkes Interesse an den Maßnahmen der Regierung, die eine Erneuerung der religiösen Politik in Frankreich verheißen.“<sup>51</sup>

Kein Wort über die Juden. Kardinal Suhard scheint bei dieser Annäherung vorangegangen zu sein, nicht nur mit seinem Besuch in Rom, sondern auch im späteren Verkehr mit Pétain. Als im Februar 1943 die Judendeportationen wiederaufgenommen wurden und all die bekannten Schrecken wiederkehrten, hat der Episkopat nicht mehr, wie im Sommer und Herbst 1942, mit Protesten reagiert. Suhard schrieb vertraulich an Pétain und bat ihn, hinsichtlich der Verhaftungen mäßige Weisungen zu erlassen: „Ich weise auf die Art hin, in der die Maßnahmen gegen die Israeliten durchgeführt werden.“ Gewalttätigkeiten seien vorgekommen. Suhard lenkte die Aufmerksamkeit des Marschalls besonders auf die Verhaftungen von jüdischen Müttern oder Vätern „arischer Familien“. Von solchen Fragen abgesehen, hatte er jedoch vollständig resigniert:

„Jedermann weiß, daß die französische Regierung für die ergriffenen Maßnahmen nicht voll verantwortlich gemacht werden kann. Es ist nun einmal so, daß es, aufgrund eines dieser dramatischen Schicksalsschläge der Gegenwart, die Franzosen sind, die Befehlen gehorchen müssen. Wir würden aber zumindest wünschen, daß, wenn die Anordnungen schon nicht zu vermeiden sind, die Ausführung nicht übermäßige Härte und Unmenschlichkeit einschließt.“<sup>52</sup>

<sup>50</sup> Lavagne an Bérard, 4. Januar 1943, und Valeri an Lavagne, 5. Januar 1943, AN, AG<sup>11</sup>492 CC 72-A.

<sup>51</sup> Bérard an Laval, 18. Januar 1943, ebenda.

<sup>52</sup> Suhard an Pétain, 22. Februar 1943, ebenda.

Danach blieb der Episkopat über viele Monate bei seiner Unterstützung des Regimes. 1943 wurde die Verpflichtung von Franzosen zu Zwangsarbeit in Deutschland zu einem wichtigen öffentlichen Problem, und bis zu einem gewissen Grad traten kirchliche Widerstände gegen dieses Programm an die Stelle der Proteste in der Judenfrage. Überzeugter Anhänger Pétains, behielt Suhard noch fast ein Jahr nach der Welle bischöflicher Opposition gegen die Judendeportationen seinen Optimismus. So sagte er im Frühjahr 1943 zu Monsignore Chappoulie: „Unsere Bischöfe lehnen es ab, sich gewissen Protesten, die gegenwärtig in gewissen katholischen Zirkeln kursieren, anzuschließen.“<sup>53</sup> Die Juden wurden nicht erwähnt.

Gelegentlich tauchte das Problem der Juden wieder auf, wenn sich einzelne Geistliche vom Vichy-Regime distanzieren. Ein solcher Vorfall ereignete sich im Sommer 1943, als Vichy unter starken deutschen Druck geriet, eine umfassende Ausbürgerung französischer Juden durchzuführen. Die Vertreter des NS-Regimes glaubten, daß eine solche Ausbürgerung den Widerstand verringern würde, den die französische Polizei und Verwaltung nun zeigte, als es an die Deportation französischer Bürger ging. Während Laval über dem Ausbürgerungserlaß noch zögerte, suchte Monsignore Chappoulie, der die französischen Kardinäle und Erzbischöfe vertrat, Pétain auf und teilte ihm mit, der Vatikan sei über die neuen antijüdischen Maßnahmen in Frankreich nicht glücklich. Der Papst sei, so soll Chappoulie gesagt haben, um das Seelenheil des Marschalls besorgt<sup>54</sup>. Pétain scheint davon beeindruckt gewesen zu sein; tatsächlich legte er schließlich sein Veto gegen das Ausbürgerungsdekret ein, das er bereits unterzeichnet gehabt hatte.

### Die Hilfsaktivitäten der Kirche

Solange das Vichy-Regime existierte, leisteten französische Geistliche jeden Ranges Juden praktische Hilfe, damit sie der Verfolgung entkommen konnten. Von Anfang an befanden sich die Gemeindepfarrer oder ihre Helfer in einer strategischen Position, die ihnen Hilfeleistung ermöglichte, da sie (zusammen mit den Bürgermeistern) häufig Taufregister verwalteten, ohne die es den als Juden Verdächtigten praktisch unmöglich war, den Behörden ihre „arische“ Abstammung nachzuweisen. Vichy-Funktionäre hatten Priester und Bürgermeister ständig im Verdacht, Urkunden zu fälschen und dadurch Juden der Verfolgung zu entziehen. Juden in Lagern erhielten Hilfe von Geistlichen aller Grade und Konfessionen, besonders von einer Quäker-Gruppe mit amerikanischer Basis. Hunderte von jüdischen Kindern wurden dank der Tätigkeit protestantischer und katholischer religiöser Institutionen versteckt. Die Rettungsaktionen setzten vor dem Wendepunkt im Sommer 1942 ein, nahmen aber danach, als die Juden buchstäblich gejagt wurden und oft in verzweifelter Not nach falschen Papieren, Hilfe und Zuflucht suchten, enorm zu. Solche Hilfstätigkeit war

<sup>53</sup> Chappoulie an Bérard, 15. März 1943, ebenda.

<sup>54</sup> Billig, Bd. 1, S. 271; Mayeur, „Les églises devant la persécution“, S. 262.

gewöhnlich geheim, häufig gefährlich und wurde oft in relativ abgelegenen Gebieten geleistet<sup>55</sup>.

Widerstandsgruppen, die Juden halfen, entstanden meist zuerst in städtischen Zentren, wo sich christliche Dissidenten zusammenfanden und schon früh Vereinigungen aufbauten: So in Lyon, wo gute Kontakte zur Schweiz bestanden und Fluchtwege in diese Richtung organisiert wurden, ebenso in Toulouse, das mit seiner Konzentration spanischer Exilanten zu einem bedeutenden Sammelpunkt für alle wurde, die die Demarkationslinie zur unbesetzten Zone überschritten hatten oder auf Führer warteten, die sie über die spanische Grenze brachten. Protestanten und Linkskatholiken bildeten den Kern. Anders als politische Gruppierungen wie zum Beispiel die Kommunisten, deren hauptsächliches Widerstandsmittel das Pamphlet oder die Untergrundzeitung war, hatten die religiösen Gemeinschaften einige Erfahrung darin und die Neigung dazu, jenen, die sich in äußerster Bedrängnis befanden, praktische Hilfe zu leisten.

Idealistische Führer katholischer Jugendgruppen, wie Germaine Ribière, nahmen sich trotz der Zurückhaltung ihrer geistlichen Vorgesetzten der Juden mit Hingabe an<sup>56</sup>. Besondere Verdienste erwarb sich Abbé Alexandre Glasberg, ein Priester jüdischer Herkunft, der sich nach dem Sommer 1940 erst in karitativer Tätigkeit und schließlich in Untergrundaktivitäten engagierte. Glasberg arbeitete mit Pater Chaillot in der ökumenischen *Amitié chrétienne* zusammen, einer im März 1942 gegründeten Vereinigung von Priestern und Laien, die ihr Zentrum ebenfalls in Lyon hatte. Die *Amitié chrétienne* brachte jüdische Kinder in Klöstern und anderen Zufluchtsstätten unter und verweigerte ihre Auslieferung selbst dann, als Vichy Chaillot für drei Monate in einer psychiatrischen Anstalt unter Hausarrest stellte. Kardinal Gerlier lehnte es strikt ab, dem Präfekten von Lyon, Alexandre Angéli, die Adressen zu geben<sup>57</sup>.

Protestantische Gruppen, die Juden halfen, entstanden oft aus Jugendorganisationen der Vorkriegszeit. Lebenswichtige Unterstützung und später Widerstandstätigkeit wurde von CIMADE (*Commission InterMouvements auprès des Evacués*) organisiert, einem von Madeleine Barot und Pastor J. Delpech geleiteten Hilfswerk, das 1939 gegründet worden war, um Internierte zu betreuen. In protestantischen Kerngebieten, wie in den abgelegenen Gemeinden der Haute Loire, der Hautes Alpes oder des Tarn, fanden Juden Zuflucht und manchmal illegale Hilfe beim Verlassen des Landes. Chambon-sur-Lignon (Haute Loire) wurde wohl zum berühmtesten dieser protestantischen Zentren. Hier machte praktisch eine ganze Gemeinde für das Ret-

<sup>55</sup> Siehe Joseph Haennig, „Quels moyens de preuve peuvent être fournis par le métais juif pour établir sa non-appartenance à la race juive?“, in: *Gazette du Palais*, 1943 (1er semestre), S. 31 f.; Joseph Weill, *Contribution à l'histoire des camps d'internement dans l'Anti-France*, Paris 1946; Donald Lowrie, *The Hunted Children*, New York 1963; Zosa Szajkowski, *Analytical Franco-Jewish Gazetteer, 1939–1945*, New York 1966.

<sup>56</sup> Siehe die Stellungnahme von Ribière bei Montclos u. a., S. 205–207.

<sup>57</sup> Delpech, „La persécution des Juifs“, S. 162–179. Zur Rettung von jüdischen Kindern siehe Hillel J. Kieval, „Legality and Assistance in Vichy France: the Rescue of Jewish Children“, in: *Proceedings of the American Philosophical Society* 124 (Oktober 1980), S. 339–366.

tungswerk mobil. Im Winter häufig durch Schneeverwehungen abgeschnitten, half die fast ausschließlich protestantische Enklave Tausenden von durchpassierenden Flüchtlingen. Die Juden fanden dort solide Unterstützung sowohl durch die Ortsbevölkerung wie durch die Cévenole-Schule, die von zwei jeder Gewalt abholden Pastoren, André Pascal Trocmé und Edouard Theis, geleitet wurde<sup>58</sup>.

Im Rückblick beeindruckt die Vielgestaltigkeit der Reaktionen französischer Geistlicher auf die Judenverfolgung. Von der Billigung der antijüdischen Gesetze Vichys durch die gelegentlichen Enthusiasten des Jahres 1940 reichten sie bis zum leidenschaftlichen Engagement protestantischer Jugendgruppen, die Juden mit falschen Ausweisen versorgten oder sie über die spanische Grenze schmuggelten. Eine einheitliche Reaktion der „Kirche“ gab es ebensowenig wie eine einheitliche Reaktion der französischen Gesellschaft. Daß Juden Hilfe zuteil wurde, daß ein Gefühl menschlicher Brüderlichkeit existierte, ist angesichts der vielen Fälle heroischer und praktischer Unterstützung, die zahlreiche Überlebende des Holocaust in Frankreich bezeugen können, unbestreitbar. Daß diese Hilfe, besonders in katholischen Kreisen, unzureichend oder inkonsequent blieb, daß sie zu langsam kam und oft nicht weit genug ging, ist ebenfalls offensichtlich. Engagierte Geistliche waren sich dessen schmerzlich bewußt.

<sup>58</sup> Guiditte Rosowsky, „Camus et le sauvetage des Juifs“, in: *Archives juives* XIV, Nr. 1/1978, S. 16–18; Kedward, S. 181; Emile C. Fabre (Hrsg.), *God's Underground* (übersetzt von William und Patricia Nottingman), St. Louis, Mo., 1970; Philip Hallie, *Lest Innocent Blood be Shed*, New York 1979.